

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Laurenz Meyer (Hamm), Peter Bleser, Julia Klöckner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Elvira Drobinski-Weiß, Dr. Rainer Wend, Ingrid Arndt-Brauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/8496 –**

Sicheres Spielzeug für unsere Kinder

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Nicole Maisch, Ulrike Höfken, Cornelia Behm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/7837 –**

EU-Spielzeugrichtlinie modernisieren und Verbraucherschutz ausbauen

A. Problem

Zu den Nummern 1 und 2

In jüngster Zeit sind häufiger für Kinder gesundheitsschädliche Spielzeuge und Kinderprodukte auf den Markt gekommen, die vorwiegend aus dem Import stammten.

Zu Nummer 1

Die Antragsteller fordern ein Verbot von allergenen Duftstoffen, krebserregenden, erbgut- und fortpflanzungsschädigenden Stoffen in Kinderspielzeug und Kinderprodukten.

Zu Nummer 2

Die Antragsteller setzen sich für ein staatlich garantiertes Sicherheitssiegel und ein Verbot von gefährlichen Weichmachern und polyaromatischen Kohlenwasserstoffen bei Kinderspielzeug und Kinderprodukten ein.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/8496 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/7837 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/8496 anzunehmen,
2. den Antrag auf Drucksache 16/7837 abzulehnen.

Berlin, den 23. April 2008

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Dr. Georg Nüßlein
Stellv. Vorsitzender

Doris Barnett
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Doris Barnett

I. Überweisung

Zu Nummer 1

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/8496** in seiner 151. Sitzung am 13. März 2008 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und zur Mitberatung an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Zu Nummer 2

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/7837** in seiner 151. Sitzung am 13. März 2008 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Nach dem Schnellwarnsystem der EU für alle gefährlichen Konsumgüter gab es im Februar 2008 55 Meldungen zu Spielzeug und Spielen; dabei wurde bei 29 Produkten vor Verletzungs- und Erstickungsgefahren und bei elf Produkten vor Vergiftungsgefahr gewarnt. Die Antrag stellenden Fraktionen begrüßen vor diesem Hintergrund die Initiative der EU zur Reform ihrer Spielzeugrichtlinie, sprechen sich aber dafür aus, dass in Zukunft ausnahmslos auf die Verwendung von krebserregenden, erbgut- und fortpflanzungsschädigenden Stoffen (K/E/F-Stoffen) verzichtet werde. Auch die nach der neuen Richtlinie noch erlaubten 38 allergenen Duftstoffe sollen verboten werden. Die jetzt vorgeschlagenen Grenzwerte für sogenannte K/E/F-Stoffe sollen niedriger sein, als dies von der EU zurzeit vorgesehen werde, und stattdessen an die Anforderungen für Lebensmittelbedarfsgegenstände angepasst werden.

Die Bundesregierung wird u. a. aufgefordert,

- sich für ein Verbot von krebserregenden, erbgut- und fortpflanzungsschädigenden Stoffen ohne die bisher vorgesehenen Ausnahmen einzusetzen,
- sich für ein komplettes Verbot aller allergenen Duftstoffe auszusprechen und
- dafür einzutreten, das GS-Zeichen („Geprüfte Sicherheit“) weiter zu erhalten, das von der EU abgeschafft werden soll.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/8496 verwiesen.

Zu Nummer 2

Die Antragsteller weisen darauf hin, dass ein Großteil der in Deutschland verkauften Spielzeuge aus China importiert werde. Von diesen Produkten seien bis zu 39 Prozent beanstandet worden.

Dabei hätten sich die Selbstaussagen der Hersteller, dass Produkte richtlinienkonform seien – ausgewiesen durch das CE-Kennzeichen – als nicht ausreichend erwiesen. Von daher müsse die Rückverfolgbarkeit international verbessert werden, ebenso wie die Information der Öffentlichkeit, das Rückrufwesen, die Kontrolle und das Berichtswesen. Wichtig sei vor allem, dass polyaromatische Kohlenwasserstoffe, Weichmacher und Schwermetalle verboten würden.

Die Bundesregierung wird u. a. aufgefordert,

- statt des CE-Kennzeichens staatlich garantierte Sicherheitssiegel zu vergeben,
- verbraucherrelevante Informationen unverzüglich an die Öffentlichkeit weiterzugeben und
- gefährliche Weichmacher und polyaromatische Kohlenwasserstoffe ausnahmslos zu verbieten.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/7837 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (76. Sitzung), der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** (54. Sitzung), der **Ausschuss für Gesundheit** (62. Sitzung), der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** (82. Sitzung) und der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** (59. Sitzung) haben den Antrag auf Drucksache 16/8496 in ihren Sitzungen am 23. April 2008 abschließend beraten.

Die Ausschüsse empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags auf Drucksache 16/8496.

Zu Nummer 2

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (76. Sitzung), der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** (54. Sitzung), der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** (82. Sitzung) und der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** (59. Sitzung) haben den Antrag auf Drucksache 16/7837 in ihren Sitzungen am 23. April 2008 abschließend beraten.

Die Ausschüsse empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/7837.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Anträge in seiner 62. Sitzung am 23. April 2008 abschließend beraten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Annahme des Antrags auf Drucksache 16/8496 zu empfehlen.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/7837 zu empfehlen.

Berlin, den 23. April 2008

Doris Barnett
Berichterstatteerin

